

II-216 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesIX. Gesetzgebungsperiode

14.9.1962

291/A.B.  
zu 279/JA n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Inneres A f r i t s c h  
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen,  
betreffend Missbrauch des Vereinsgesetzes durch Wohnbauvereinigungen.

Die in der Sitzung des Nationalrates vom 27. Juni 1962 gestellte Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Gredler und Genossen, betreffend Missbrauch des Vereinsgesetzes durch Wohnbauvereinigungen, wird wie folgt beantwortet:

Durch die vom Bundesministerium für Inneres angestellten Erhebungen wurde festgestellt, dass im Bundesgebiet etwa 20 Wohnbauvereinigungen nach dem Vereinsgesetz 1951 bestehen, die nach ihren Statuten berechtigt sind, entweder Darlehen nach den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes aufzunehmen oder die Gewährung von Fondsdarlehen im weitesten Sinne zu erwirken.

Es konnte jedoch nicht festgestellt werden, dass Vereine existieren, die die Vermittlung von Darlehen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds oder anderer öffentlicher Fonds tätigen, ohne hiezu statutengemäss befugt zu sein.

Hiezu darf jedoch bemerkt werden, dass das Wesen der Kreditvermittlung nach Auffassung der zuständigen Bundesministerien im Zusammenbringen der Kreditwerber mit den Geldgebern durch den Vermittler gelegen ist, ohne dass dieser im Kreditgeschäft selbst aufscheinen würde. Weder die gewerbsmässig noch die nicht gewerbsmässig betriebene Kreditvermittlung bedürfen einer besonderen Erlaubnis (Konzession) nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes. Die gewerbsmässige Kreditvermittlung ist ein sogenanntes freies Gewerbe und bedarf nur der Lösung eines einfachen Gewerbescheines bei der Gewerbebehörde.

Der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gewährt auf Grundlage des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes 1948 in der derzeit geltenden Fassung nur grundbücherlichen Eigentümern von kriegsbeschädigten Wohnhäusern Darlehen zum Wiederaufbau oder zur Instandsetzung dieser Gebäude. Es kann daher nach Ansicht des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau, selbst bei Berücksichtigung des Umstandes, dass jedermann berechtigt ist, sich bei der Besorgung seiner Geschäfte vertreten zu lassen, bei der Vergabe von Wohnhaus-Wiederaufbaudarlehen von irgendeiner Kreditvermittlertätigkeit überhaupt nicht gesprochen werden.